

## Stadt Werder (Havel)

### 10. Änderung des Flächennutzungsplanes

#### Abwägung der Stellungnahmen zur frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (1) BauGB und zur frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 (1) BauGB

Anmerkung: Die Beschlussfassung über die in der nachstehenden Abwägungstabelle enthaltenen Stellungnahmen ist vorläufig. Die Stellungnahmen sind in den Entwurf des Planwerks eingeflossen. Der Entwurf des Planwerks wird öffentlich ausgelegt und den Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange zur Stellungnahme zugestellt.

| Nr. | Träger öffentlicher Belange<br>Schreiben vom ...                                   | Stellungnahme  | Planungsrechtliche Vorgaben<br>Abwägung/Beschlussempfehlung   |
|-----|--|--|---|
| 1   | Landkreis Potsdam-Mittelmark<br>Potsdamer Straße 18a<br>14513 Teltow<br>14.06.2024 | <p>Mit Ihrem Schreiben vom 13.05.2024 bitten Sie um Stellungnahme des Landkreises Potsdam-Mittelmark als Träger öffentlicher Belange zu der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes 2020 der Stadt Werder (Havel).</p> <p>Folgende Fachdienste des Landkreises Potsdam-Mittelmark wurden beteiligt und geben nachstehende Einwendungen aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können, Anregungen aus der eigenen Zuständigkeit sowie allgemeine Hinweise.</p> <p>Diese Stellungnahme im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange entspricht keiner vollumfänglichen rechtsaufsichtlichen Prüfung.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li><b>Fachdienst Umwelt</b></li> </ul> <p><b>Untere Wasserbehörde</b></p> <p>Wasserrechtliche Belange stehen dem Vorentwurf der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes 2020 der Stadt Werder (Havel) gegenwärtig nicht entgegen.</p> <p>Auf die Belange der UWB wird im Bericht zum Vorhaben eingegangen.</p> | <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> |

| Nr. | Träger öffentlicher Belange<br>Schreiben vom ... | Stellungnahme   | <i>Planungsrechtliche Vorgaben<br/>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>  |
|-----|--|---|--|
|     | Fortsetzung Landkreis<br>Potsdam-Mittelmark      | <p><b>Untere Abfallwirtschaftsbehörde</b></p> <p>Abfallrechtliche Belange stehen dem Vorentwurf der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes 2020 der Stadt Werder (Havel) gegenwärtig nicht entgegen.</p> <p><b>Untere Bodenschutzbehörde</b></p> <p>Zur 10. Änderung des Flächennutzungsplanes 2020 der Stadt Werder (Havel) bestehen keine Einwendungen seitens der Unteren Bodenschutzbehörde. Hinweise zum Bodenschutz werden innerhalb des parallel geführten B-Plan-Verfahrens Nr. 77/23 „Fontanestraße“ benannt.</p> <p><b>Untere Naturschutzbehörde</b></p> <p>A. <u>Einwendungen</u></p> <p>Keine.</p> <p>B. <u>Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts</u></p> <p>Gemäß § 5 Abs. 5 BauGB ist dem Flächennutzungsplan eine Begründung mit den Angaben nach § 2a BauGB [Begründung zum Bauleitplanentwurf, Umweltbericht] beizufügen. Die Bestandteile des Umweltberichts sind in der Anlage 1 zum BauGB festgelegt. Das gilt gemäß § 4a Abs. 3 Satz 1 BauGB auch für seine Änderungen und Ergänzungen.</p> <p>Es ist zweckmäßig, Inhalte der Umweltprüfung, die im Rahmen der Erarbeitung des Umweltberichts zum Bebauungsplan 077/23 „Fontanestraße“ im Ortsteil Glindow der Stadt Werder (Havel) gewonnen werden, gemäß § 2 Abs. 4 Satz 5 BauGB für den Umweltbericht zur 10. Änderung des Flächennutzungsplans 2020 der Stadt Werder (Havel) zu verwenden.</p> | <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Der Umweltbericht basiert auf dem des parallel aufgestellten Bebauungsplans.</p> |

[illegible]

| Nr. | Träger öffentlicher Belange<br>Schreiben vom ... | Stellungnahme  | <i>Planungsrechtliche Vorgaben<br/>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>  |
|-----|--|--|--|
|     | Fortsetzung Landkreis<br>Potsdam-Mittelmark      | <p>Das o.g. Vorhaben wurde anhand vorgelegter Begründung, Stand Vorentwurf 26.04.2024, bezüglich der Auswirkungen von Lärm und Einflüssen auf das Schutzgut Mensch geprüft.</p> <p>Die 10. Änderung des Flächennutzungsplanes erfolgt im Parallelverfahren mit der Aufstellung des Bebauungsplanes 077/23 „Fontanestraße“.</p> <p>Trinkwasser</p> <p>Das Planungsgebiet liegt außerhalb von Trinkwasserschutzzonen.</p> <p>Die Versorgung mit Wasser für den menschlichen Gebrauch, Trinkwasser, muss der Verordnung über die Qualität von Wasser für den menschlichen Gebrauch (Trinkwasserverordnung - TrinkwV) vom 20. Juni 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 159) entsprechen</p> <p>Boden</p> <p>In der Begründung unter dem Punkt 4.18 wird ausgeführt: “Eine Bodenaushubbewertung aus dem Jahr 2014 stellte ein abfallrechtliches Problem auf fast der gesamten Fläche der Flurstücke fest. Es wurden im 9 Schürfe durchgeführt. Demnach ist das Grundstück bis ca. 1,60 Meter mit 5 – 70% Bauschutt/Betonresten unterschiedlicher Zusammensetzung aufgefüllt. Das belegen die Funde von Pflastersteinen, Rohrleitungen, Plastikabfällen wie Verpackungsfolien, Absperrbändern und Plastikbehältnissen sowie Asphaltbrocken. Hinweise auf eine Gefährdung konnten anhand der Verfüllmaterialien nicht abgeleitet werden. Im Vorfeld der Baufeldfreimachung zur Bebauung des Grundstücks müssen die Auffüllungen aufgenommen und die Abfälle separiert werden.“</p> <p>In Bezug auf die Bodenqualität und mögliche Schadstoffablagerungen ist zu beachten, dass insbesondere im Allgemeinen Wohngebiet Flächen mit Gartennutzung und Flächen zum Anbau von Nutzpflanzen sowie Flächen zum Spielen für Kinder entstehen werden. Es ist ein Augenmerk auf die gesundheitlich unbedenkliche Bodenqualität zu legen.</p> <p>Die Stellungnahme des FD 46 Umwelt, Untere Bodenbehörde, ist zum Vorgang zu beachten.</p> | <p>Ein entsprechender Hinweis ist in der Begründung enthalten.</p> <p>Eine entsprechende Versorgung wird durch die Versorgungsträger gewährleistet.</p> <p>Die nebenstehenden Ausführungen geben den Inhalt der Begründung wieder.</p> <p>Die Flurstücke im Plangebiet sind nicht im Altlastenkataster des Landkreises Potsdam-Mittelmark registriert. Am 10.11.2021 wurde durch die zuständige Bauaufsichtsbehörde die Genehmigung zur Abgrabung erteilt. Im Rahmen des Verfahrens ist ein Nachweis über die Schadstofffreiheit zu erbringen.</p> <p>Siehe vorstehend. Zur geplanten 10. Änderung des Flächennutzungsplanes bestehen seitens der Unteren Bodenschutzbehörde keine Einwände.</p> |



| Nr. | Träger öffentlicher Belange<br>Schreiben vom ...  | Stellungnahme   | <i>Planungsrechtliche Vorgaben</i><br><i>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>  |
|-----|---|---|--|
|     | Fortsetzung Landkreis Potsdam-Mittelmark  | <p>„In den Community Noise Guidelines der WHO (1999) wurden mittlere Immissionspegel von 45 dB(A) außerhalb der Wohnungen und 30 dB(A) innerhalb als Zielwerte zur Vermeidung von Schlafstörungen genannt, die nicht überschritten werden sollten.“ (Leitlinien Schutzgut menschliche Gesundheit, Stand 2020, UVP-Gesellschaft e.V., AG menschliche Gesundheit)</p> <p>Das Schalltechnische Gutachten zum Bebauungsplan Nr. 070/17, auf das sich bezogen wird, lag den Antragsunterlagen zum Bebauungsplanverfahren Nr. 077/23 nicht bei. Aufgrund dessen und fehlender aktueller Angaben zur Lärmsituation kann vom FD Gesundheit hierzu keine Stellung genommen werden.</p> <p>Die Stellungnahme des Landesamtes für Umwelt ist zum Vorhaben zu berücksichtigen.</p> <p>Es ergeben zu den eingereichten Unterlagen zum jetzigen Stand keine weiteren Hinweise, Anregungen und Einwendungen.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• <b>Fachdienst Denkmalschutz und Öffentliches Recht, Untere Denkmalschutzbehörde</b></li> </ul> <p>Im Bereich der Änderung des Flächennutzungsplanes sind Bau- und Bodendenkmale nach derzeitigem Kenntnisstand nicht betroffen. Die Hinweise der Entdeckung von Bodendenkmalen sind ausreichend in der Begründung berücksichtigt worden.</p> | <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Zur Entwurfsfassung wird die Begründung um Aussagen zum Immissionsschutz, insbesondere um die Abstimmungsergebnisse mit dem Landesamt für Umwelt, ergänzt.</p> <p>Siehe nachstehend. Es haben Abstimmungen mit dem Landesamt für Umwelt zum Immissionsschutz stattgefunden.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Begründung wird um die nebenstehenden Aussagen ergänzt.</p> |
| 2   | <p>Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum<br/>Wünsdorfer Platz 4-5<br/>15806 Zossen</p> <p>28.05.2024</p> | <p>Da im Änderungsgebiet derzeit keine Bodendenkmale bekannt sind, bestehen gegen die vorliegende Planung aus Sicht des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseums, Abt. Archäologie, keine grundsätzlichen Bedenken.</p> <p>Da jedoch mit dem Vorhandensein von bisher unentdeckten Bodendenkmalen zu rechnen ist, machen wir auf folgende Festlegungen im Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (BbgDSchG) - vom 24. Mai 2004 (GVBl. I, S. 215) aufmerksam:</p>   | <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p>   |

| Nr. | Träger öffentlicher Belange<br>Schreiben vom ...  | Stellungnahme  | <i>Planungsrechtliche Vorgaben<br/>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>  |
|-----|---|--|--|
|     | Fortsetzung Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum                      | <p>Sollten bei Erdarbeiten Bodendenkmale, wie Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Tonscherben, Metallsachen, Münzen, Knochen u. ä. entdeckt werden, sind diese unverzüglich dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum, Abteilung Archäologie, unter der o.g. Adresse und der unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises anzuzeigen (§ 11 Abs. 1 und 2 BbgDSchG). Die entdeckten Bodendenkmale und die Entdeckungsstätte sind bis zum Ablauf einer Woche nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu erhalten und in geeigneter Weise vor Gefahren für die Erhaltung zu schützen (§ 11 Abs. 3 BbgDSchG).</p> <p>Funde sind unter den Voraussetzungen der §§ 11 Abs. 4, 12 BbgDSchG abgabepflichtig.</p> <p>Die Bauausführenden sind über diese gesetzlichen Festlegungen zu belehren.</p> <p><u>Bitte beachten:</u> Da bei dem Vorhaben auch Belange der Bau- und Denkmalpflege berührt sein können, erhalten Sie aus unserem Hause ggf. eine weitere Stellungnahme.</p> | Die Ausführungen in der Begründung werden entsprechend aktualisiert. |
| 3   | Landesforstbetrieb Brandenburg, Forstamt Potsdam-Mittelmark<br>Waldfrieden 11<br>14806 Bad Belzig<br>14.06.2024 | <p>Vorbemerkung</p> <p>Nach § 4 Absatz 1 BauGB haben sich die Träger öffentlicher Belange gegenüber der Gemeinde über den nach ihrer Auffassung erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung zu äußern. Ihre Äußerung wird die Gemeinde in die Entscheidung nach § 2 Absatz 4 Satz 2 BauGB einbeziehen.</p> <p>Soweit nach Ihrer Auffassung die Verwirklichung der beabsichtigten Planung wegen nicht durch Abwägung oder durch die Erteilung von Ausnahmen/Befreiungen überwindbarer rechtlicher Vorgaben nicht möglich sein wird, bitten wir um entsprechende Hinweise unter Nennung der Rechtsgrundlagen.</p> <p>Umwelt(verträglichkeits)prüfungen sind auf mehreren Ebenen erforderlich und sollen aufeinander aufbauen. Untersuchungen, die sachgerecht erst bei der Vorhabengenehmigung durchgeführt werden können, sind im Rahmen der Bauleitplanung verfrüht. Wir bitten daher um Hinweise zur sachgerechten Aufteilung des nach Ihrer Auffassung insgesamt erforderlichen Untersuchungsumfangs.</p>                       | Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.                        |

| Nr. | Träger öffentlicher Belange<br>Schreiben vom ...                        | Stellungnahme  | <i>Planungsrechtliche Vorgaben<br/>Abwägung/Beschlussempfehlung</i> |
|-----|---|--|---|
|     | Fortsetzung Landesforstbetrieb Brandenburg, Forstamt Potsdam-Mittelmark | <p>Nach § 4 Absatz 2 BauGB haben die Träger öffentlicher Belange vorliegende Informationen, die für die Ermittlung und Bewertung des Abwägungsmaterials zweckdienlich sind, der Gemeinde zur Verfügung zu stellen. Wir bitten um Mitteilung, welche entsprechenden Informationen bei Ihnen vorliegen.</p> <p>Die Gemeinde hat im Umweltbericht die Maßnahmen anzugeben, die sie zur Überwachung erheblicher Auswirkungen der Durchführung des Bauleitplans auf die Umwelt beabsichtigt. Sie nutzt dabei nach § 4c BauGB die Informationen der Behörden nach § 4 Absatz 3 BauGB. Wir bitten um Vorschläge für geeignete Überwachungsmaßnahmen und Mitteilung, welche Überwachungssysteme bei Ihnen bereits bestehen.</p> <p>X - Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung, <u>jedoch weitergehende Hinweise siehe .4'</u></p> <p>1. Einwendungen</p> <p>Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o.Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)</p> <p>a) Einwendungen:</p> <p>keine, jedoch weitergehende Hinweise, siehe '4.'</p> <p>b) Rechtsgrundlagen:</p> <p>Waldgesetz des Landes Brandenburg (<b>LWaldG</b>) vom 20. April 2004 (GVBl. I/04, [Nr. 06] S. 137), in der geltenden Fassung</p> <p>c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anforderungen oder der Überwindung (z.B. Ausnahme von Befreiungen):</p> <p>2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts</p> <p>a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:</p> <p>b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:</p> |   |



| Nr. | Träger öffentlicher Belange<br>Schreiben vom ...  | Stellungnahme  | <i>Planungsrechtliche Vorgaben<br/>Abwägung/Beschlussempfehlung</i> |
|-----|---|--|---|
|     | Fortsetzung Landesforstbetrieb Brandenburg, Forstamt Potsdam-Mittelmark                           | <p>3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen</p> <p>1. Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Festlegung unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen:</p> <p>2. Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:</p> <p>4. Weitergehende Hinweise:</p> <p><input type="checkbox"/> Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o.g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstandes und des Zeitrahmens:</p> <p>X Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage</p> <p>Innerhalb von Aufstellungsverfahren und Gültigkeitszeiträumen derartiger Planungen kann Wald durch natürliche Prozesse auf Flächen entstehen, die zum gegenwärtigen Plan-Beurteilungszeitpunkt noch keine ausreichenden Waldeigenschaftsmerkmale gem. §2 LWaldG ausgebildet hatten. Derartige Flächen unterliegen dementsprechend dann den Vorgaben gem. LWaldG, insbesondere auch hinsichtlich der Nutzung und Umwandlung von Wald. Auf ggfls. dadurch auch erforderlich werdende Genehmigungsverfahren bei der Forstbehörde, bspw. bei der Umwandlung von Wald, wird in diesem Zusammenhang hiermit vorsorglich hingewiesen.</p> | Von der Planung sind keine Waldflächen betroffen.                   |
| 4   | Land Brandenburg, Landesbetrieb Straßenwesen<br>Lindenallee 51<br>15366 Hoppegarten<br>07.06.2024 | <p>Mit E-Mail vom 13.05.2024 reichten Sie die o.g. Unterlagen mit der Bitte um Stellungnahme ein.</p> <p>Der Geltungsbereich befindet sich westlich der Fontanestraße, welche in die L 90, Abschnitt 032 mündet. Mit dem Bebauungsplan soll eine Lücke zwischen dem sich im Bau befindlichen evangelischen Bildungscampus im Osten und der Wohnbebauung an der Klaistower Straße geschlossen werden. Mit der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes soll die planungsrechtliche Voraussetzung für den Bebauungsplan geschaffen werden.</p>   | Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.                       |

| Nr. | Träger öffentlicher Belange<br>Schreiben vom ...         | Stellungnahme   | <i>Planungsrechtliche Vorgaben<br/>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>  |
|-----|--|---|--|
|     | Fortsetzung Land Brandenburg, Landesbetrieb Straßenwesen | <p>Der Landesbetrieb Straßenwesen (LS) ist für die Belange von Bundes- und Landesstraßen des Landes Brandenburg zuständig, hier die L 90, und nimmt wie folgt Stellung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Der LS stimmt der 10. Änderung des Flächennutzungsplanes zu.</li> <li>• Für den Bebauungsplan wurden keinerlei Verkehrsprognosen oder allgemeine Verkehrsbetrachtungen aufgestellt bzw. untersucht. Dies ist mit einer Verkehrstechnischen Untersuchung (VTU) für folgende Knotenpunkte nachzuholen: <ul style="list-style-type: none"> <li>▪ KP1 — L90/Elisabethstraße</li> <li>▪ KP2 - L90/Fontanestraße</li> <li>▪ KP3 - L90/Resi-Salomon-Straße</li> </ul> </li> <li>• Empfehlenswert ist eine komplette VTU für die L 90 (Klaistower Straße) auf Grund der starken Entwicklung des Gebietes mit zunehmender Wohnbebauung (auch mit dem Verweis auf den Bildungscampus).</li> <li>• Der LS ist mit der VTU erneut zu beteiligen.</li> <li>• Der LS stimmt dem Bebauungsplan <b>nicht</b> zu.</li> </ul> <p>Für Rückfragen steht Ihnen Frau Rehfeld unter der o.g. Telefonnummer zur Verfügung.</p> | <p>Eine Verkehrsuntersuchung wurde durchgeführt. Konkret wurde überprüft, ob bzw. welche Maßnahmen erforderlich sind, damit die aus der Bebauung zu erwartenden zusätzlichen Verkehre, überlagert mit dem allgemeinen Verkehrsaufkommen, im angrenzenden Straßennetz abgewickelt werden können</p> <p>Rechnerisch überprüft wurde die Einmündung L 90/Fontanestraße. Im weiterführenden Straßennetz der Stadt Werder/Havel sind keine verkehrlichen Auswirkungen mehr nachweisbar.</p> <p>Die Gutachter sind zu dem Ergebnis gekommen, dass die Prognoseverkehrsbelastung der maßgebenden Hauptverkehrszeiten ohne Um-/Ausbaumaßnahmen leistungsgerecht abgewickelt werden können. Die Einmündung ist gemäß HBS 2015 in die Verkehrsqualität B („Die Abflussmöglichkeiten der wartepflichtigen Verkehrsströme werden vom bevorrechtigten Verkehr beeinflusst. Die dabei entstehenden Wartezeiten sind gering.“) einzuordnen.</p> <p>Die Stadt Werder (Havel) hat die gutachterlichen Aussagen nachvollzogen. Sie geht auf der Grundlage der gutachterlichen Ergebnisse davon aus, dass das Plangebiet über das angrenzende Straßennetz erschlossen werden kann. Die Ergebnisse werden in den Planunterlagen zur Entwurfsfassung ergänzt.</p> <p>Der Landesbetrieb Straßenwesen wird im Zuge der Beteiligung nach § 4 (2) BauGB erneut angeschrieben.</p> <p>Die Abwägung zum Bebauungsplan erfolgt parallel.</p> |

| Nr. | Träger öffentlicher Belange<br>Schreiben vom ...   | Stellungnahme  | Planungsrechtliche Vorgaben<br>Abwägung/Beschlussempfehlung |
|-----|--|--|---|
| 5   | Landesamt für Umwelt –<br>Abteilung Technischer<br>Umweltschutz 2<br>Immissionsschutz<br>Von-Schön-Straße 7<br>03050 Cottbus<br><br>14.06.2024 | <p>X Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage</p> <p><b>1. Sachstand</b></p> <p>Antragsgegenstand ist die zehnte Änderung des FNP<sup>1</sup> 2020 der Stadt Werder (Havel). Die Anpassung des FNP erfolgt im Zuge der Erarbeitung des B-Plans<sup>2</sup> Nr. 077/23 „Fontanestraße“ der Stadt Werder (Havel) für ihren OT<sup>3</sup> Glindow. Der rund 1,6 Hektar umfassende Änderungsbereich dieser Flächennutzungsplanänderung befindet sich im Ortsteil Glindow, östlich der Klaistower Straße (Landesstraße 90) und der Fontanestraße und nördlich der Elisabethstraße. Dabei wird die betroffene Fläche im aktuellen FNP als gemischte Baufläche und Fläche für die Landwirtschaft ausgewiesen, zukünftig wird der Änderungsbereich als Wohnbaufläche und Sonderbaufläche mit der Zweckbestimmung Seniorenpflegewohnen ausgewiesen.</p> <p><b>2. Stellungnahme</b></p> <p><u>Rechtsgrundlage</u></p> <p>Gemäß § 50 Satz 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)<sup>4</sup> sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen die für eine bestimmte Nutzung vorgesehenen Flächen einander so zuzuordnen, dass schädliche Umwelteinwirkungen so weit wie möglich vermieden werden. Mögliche schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des BImSchG können Lärm, Staub, Gerüche, Luftschadstoffe, elektromagnetische Felder, Licht etc. darstellen.</p> | Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.               |

<sup>1</sup> FNP = Flächennutzungsplan

<sup>2</sup> B-Plan = Bebauungsplan

<sup>3</sup> OT = Ortsteil

<sup>4</sup> Gesetz zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen, Geräusche, Erschütterungen und ähnliche Vorgänge (Bundes-Immissionsschutzgesetz - BImSchG in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Mai 2013 (BGBl. I S. 1274; 2021 I S. 123), zuletzt geändert durch Artikel 11 Absatz 3 des Gesetzes vom 26. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 202)



| Nr. | Träger öffentlicher Belange<br>Schreiben vom ...                        | Stellungnahme  | Planungsrechtliche Vorgaben<br>Abwägung/Beschlussempfehlung   |
|-----|---|--|---|
|     | Fortsetzung Landesamt für Umwelt – Abteilung Technischer Umweltschutz 2 | <p>Hinsichtlich des Lärms maßgeblich sind die Orientierungswerte des Beiblatts 1 der DIN 18005, Teil 1, bei einwirkendem Anlagenlärm die Richtwerte der Nr. 6.1 der TA Lärm<sup>5</sup>. Bei der Errichtung baulicher Anlagen entstehender Lärm ist entsprechend der Vorgaben der AVV Baulärm<sup>6</sup> zu beurteilen, die Bewertung von Staubbeeinträchtigungen, Gerüchen und einwirkenden Luftschadstoffen erfolgt anhand der TA Luft<sup>7</sup>. Mögliche Beeinträchtigungen durch Lichtimmissionen werden anhand der Lichtleitlinie<sup>8</sup> ermittelt. Hinsichtlich der elektromagnetischen Felder und deren Störwirkung liegt die Zuständigkeit beim Landesamt für Arbeitsschutz, Verbraucherschutz und Gesundheit (LAVG).</p> <p><u>Planumfeld</u></p> <p>Das Änderungsgebiet liegt in Glindow, einem OT von Werder (Havel) und ist derzeit unbebaut. Im Nordwesten und Westen grenzt Wohnbebauung (gemischte Bauflächen) an das Plangebiet, die L90 (Klaistrower Straße) verläuft rund 40 m westlich des Plangebiets. Nordöstlich und östlich grenzt das im Bau befindliche evangelische Bildungscampus Glindow, ausgewiesen als Sonderbaufläche, an, welches aus Kindertagesstätte, einer Grundschule sowie einer Gesamtschule mit Mensa, Sportanlagen und Freiflächen bestehen wird. Im Süden bildet die Elisabethstraße die Grenze zum Plangebiet, daran anschließend befindet sich ein Gartenbaubetrieb in einem als Flächen für die Landwirtschaft ausgewiesenen Bereich.</p> <p>Der Planungsgrundsatz des § 50 BImSchG wird formal erfüllt. Allerdings befindet sich auf der südlich des Änderungsbereichs als Fläche für die Landwirtschaft ausgewiesenen Bereich ein Gartenbaubetrieb.</p> | <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> |

<sup>5</sup> Sechste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zum Schutz gegen Lärm - TA Lärm) vom 26. August 1998 (GMBI Nr. 26/1998 S. 503), zuletzt geändert durch Verwaltungsvorschrift vom 01.06.2017 (BAnz AT 08.06.2017 B5)

<sup>6</sup> Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm - Geräuschemissionen - vom 19. August 1970 (Beilage zum BAnz Nr. 160 vom 1. September 1970)

<sup>7</sup> Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Bakterien, Geruchsemissionen Vom 18. August 1976 (Bundgesetzblatt Nr. 27, 12. 11. 1976) Vom 1. September 1976, Erste Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Bundes-Immissionsschutzgesetz (Technische Anleitung zur Reinhaltung der Luft - TA Luft) Vom 24. Juli 2002, GMBI. 2002, Heft 25 - 29, S. 511 - 60, neu gefasst am 18.08.2021 (GMBI Nr. 4854/2021 S. 1050ff)

<sup>8</sup> Leitlinie des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg zur Messung und Beurteilung von Lichtimmissionen (Licht-Leitlinie) vom 16. April 2014, Amtsblatt 21. 14 (S. 691-704)

[illegible]

<sup>9</sup> Zwölfte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Störfall-Verordnung - 12. BImSchV) in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. März 2017 (BGBl. I S. 483), zuletzt geändert durch Artikel 107 der Verordnung vom 19. Juni 2020 (BGBl. I S. 1328)

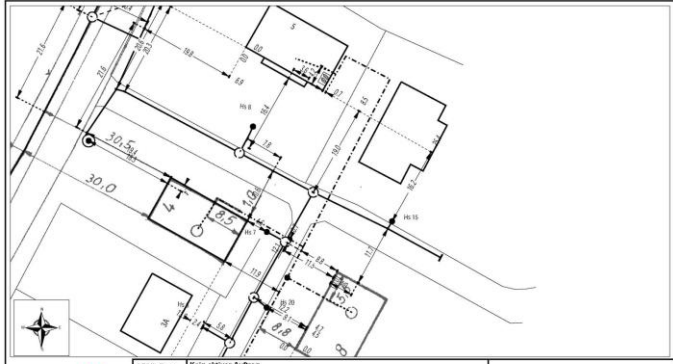
| Nr. | Träger öffentlicher Belange<br>Schreiben vom ...  | Stellungnahme  | <i>Planungsrechtliche Vorgaben<br/>Abwägung/Beschlussempfehlung</i> |
|-----|---|--|---|
|     | Fortsetzung Landesamt für Umwelt – Abteilung Technischer Umweltschutz 2                             | <p><u>Umweltbericht</u></p> <p>Hinsichtlich der Belange des Immissionsschutzes maßgeblich sind die Schutzgüter Mensch / menschliche Gesundheit, Klima und Luft.</p> <p>Den entsprechenden Ausführungen kann gefolgt werden.</p> <p><b>3. Fazit</b></p> <p>Der 3. Änderung des FNP kann hinsichtlich der hier zu vertretenden Belange des Immissionsschutzes unter Berücksichtigung der Aussagen unter Punkt „Immissionssituation“ zugestimmt werden.</p> <p>Die vorliegende Stellungnahme verliert mit der wesentlichen Änderung der Beurteilungsgrundlagen ihre Gültigkeit. Das Ergebnis der Abwägung durch die Kommune ist entsprechend § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB mitzuteilen. Weiterhin wird um eine Anzeige zum Inkrafttreten des Planes bzw. die Erteilung der Genehmigung gebeten.</p> | Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.                       |
| 6   | Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming<br>Oderstraße 65<br>14513 Teltow<br><br>23.05.2024 | <p>Ich bedanke mich für die Beteiligung am o. g. Planverfahren und nehme wie folgt Stellung:</p> <p><b>1. Formale Hinweise</b></p> <p>Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming ist nach § 4 Absatz 2 des Gesetzes zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (RegBkPIG) vom 08. Februar 2012 (GVBl. I Nr. 13), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juni 2021 (GVBl. I Nr. 19), Trägerin der Regionalplanung in der Region Havelland-Fläming. Ihr obliegt die Aufstellung, Fortschreibung, Änderung und Ergänzung des Regionalplans als übergeordnete und zusammenfassende Landesplanung im Gebiet der Region.</p>  | Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.                       |

| Nr. | Träger öffentlicher Belange<br>Schreiben vom ...             | Stellungnahme   | <i>Planungsrechtliche Vorgaben<br/>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>   |
|-----|--|---|---|
|     | Fortsetzung Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming | <p>Die Satzung über den <b>Sachlichen Teilregionalplan Grundfunktionale Schwerpunkte</b> wurde mit Bescheid vom 23. November 2020 von der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg genehmigt. Mit der Bekanntmachung der Genehmigung im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 51 vom 23. Dezember 2020 trat der sachliche Teilregionalplan in Kraft.</p> <p>Die Regionalversammlung Havelland-Fläming hat am 27. Juni 2019 die Aufstellung des <b>Regionalplans Havelland-Fläming 3.0</b> beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde im Amtsblatt für Brandenburg Nummer 28 vom 24. Juli 2019 bekannt gemacht.</p> <p>In der 6. öffentlichen Sitzung der Regionalversammlung am 18. November 2021 wurde der Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 vom 05. Oktober 2021, bestehend aus textlichen Festlegungen, Festlegungskarte und Begründung gebilligt. Die Regionalversammlung hat zudem beschlossen, für den Entwurf des Regionalplans das Beteiligungsverfahren sowie die öffentliche Auslegung der Unterlagen nach § 9 Absatz 2 ROG in Verbindung mit § 2 Absatz 3 RegBkPIG durchzuführen. In diesem Verfahren bestand bis zum 09. Juni 2022 die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme.</p> <p>Am 17. November 2022 hat die Regionalversammlung Havelland-Fläming den Beschluss gefasst, die Festlegung von Gebieten für die Windenergienutzung vom Entwurf des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 abzutrennen und hierfür einen <b>Sachlichen Teilregionalplan Windenergienutzung 2027</b> aufzustellen.</p> <p>In der 9. öffentlichen Sitzung der Regionalversammlung am 15. Juni 2023 wurde der Entwurf des Sachlichen Teilregionalplans Windenergienutzung 2027 der Region Havelland-Fläming, bestehend aus textlichen Festlegungen, Festlegungskarte und Begründung gebilligt sowie beschlossen, für diesen das Beteiligungsverfahren sowie die öffentliche Auslegung der Unterlagen nach § 9 Absatz 2 ROG in Verbindung mit § 2 Absatz 3 RegBkPIG durchzuführen. In diesem Verfahren bestand bis zum 10. Oktober 2023 die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme. Das Aufstellungsverfahren zum Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 wird mit den übrigen Festlegungen fortgeführt.</p> | <p>Die Begründung wird um die nebenstehenden Aussagen ergänzt.</p> <p>Die nebenstehenden Informationen waren in der Begründung der Vorentwurfsfassung bereits enthalten.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> |


| Nr. | Träger öffentlicher Belange<br>Schreiben vom ...  | Stellungnahme   | <i>Planungsrechtliche Vorgaben<br/>Abwägung/Beschlussempfehlung</i> |
|-----|---|---|---|
|     | Fortsetzung Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming                                    | <p>In Aufstellung befindliche Ziele und Grundsätze der Regionalplanung sind nach § 4 Abs. 1 ROG als sonstige Erfordernisse der Raumordnung in Abwägungs- und Ermessensentscheidungen zu berücksichtigen.</p> <p><b>2. Regionalplanerische Belange</b></p> <p>Dem Planvorhaben im Gestaltungsraum Siedlung gemäß Ziel 5.6 LEP HR stehen keine Regionalplanerischen Belange entgegen.</p>   | Der Änderungsbereich liegt im Gestaltungsraum Siedlung.             |
| 7   | <p>Deutsche Telekom Technik GmbH<br/>Melitta-Bentz-Str. 10<br/>01099 Dresden<br/>13.06.2024</p> | <p>Die Telekom Deutschland GmbH (nachfolgend Telekom genannt) - als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 1 TKG - hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegesicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>Im Rand des Planungsbereiches, auf dem Straßenflurstück 1198, befinden sich Telekommunikationslinien (TK-Linien) der Telekom, die aus dem beigefügten Plan ersichtlich sind.</p> <p>Der beigefügte Bestandsplan der Telekom entspricht nur dem derzeitigen Stand. Änderungen oder Errichtungen von TK-Linien sind bis zum Beginn der Arbeiten möglich. Wir bitten daher, diesen Plan nicht zur Bauausführung zu verwenden.</p> | Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.                       |





| Nr.                             | Träger öffentlicher Belange<br>Schreiben vom ... | Stellungnahme   | Planungsrechtliche Vorgaben<br>Abwägung/Beschlussempfehlung |  |         |  |                                |  |                |  |        |      |        |   |      |             |        |   |      |        |        |            |  |
|---------------------------------|--|---|---|--|---------|--|--------------------------------|--|----------------|--|--------|------|--------|---|------|-------------|--------|---|------|--------|--------|------------|--|
|                                 | Fortsetzung Deutsche Telekom Technik GmbH        | <p>Hinsichtlich geplanter Baumpflanzungen ist das "Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen" der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Ausgabe 2013; siehe insbesondere Abschnitt 6, zu beachten. Wir bitten sicherzustellen, dass durch die Baumpflanzungen der Bau, die Unterhaltung und Erweiterung der TK-Linien der Telekom nicht behindert werden.</p> <p>Zur leichten Versorgung der neuen Gebäude auf den einzelnen Grundstücken ist es sinnvoll, für alle Medienträger ein Leerrohr zwischen Hausanschluss und straßenseitiger Grundstücksgrenze bei der Erschließung vorzusehen.</p> <p>Diese Stellungnahme gilt sinngemäß auch für die Änderung des Flächennutzungsplanes im Parallelverfahren nach § 8 BauGB.</p> <p>Benötigen Sie noch weitergehende Informationen oder haben Sie Fragen zu den übersandten Unterlagen, dann rufen Sie uns bitte unter Tel.-Nr.: 030/8353-79021 zurück oder senden uns eine E-Mail an „Planauskunft_brandenburg@telekom.de“.</p> <div data-bbox="548 911 1218 1347">  <table border="1" data-bbox="548 1276 1218 1347"> <tr> <td colspan="2">ATVh-Bez.: Kein aktiver Auftrag</td> <td colspan="2">Ausl. 2</td> </tr> <tr> <td colspan="2">ATVh-Nr.: Kein aktiver Auftrag</td> <td colspan="2">Sach. Lageplan</td> </tr> <tr> <td>Titel:</td> <td>Ort:</td> <td>Blatt:</td> <td>1</td> </tr> <tr> <td>PTL:</td> <td>Brandenburg</td> <td>Blatt:</td> <td>1</td> </tr> <tr> <td>DNB:</td> <td>Werder</td> <td>Datum:</td> <td>12.06.2024</td> </tr> </table> <p><small>Bemerkung: BIP Nr. 07/23 Fontanestraße und 10. Änderung LNP 2020 im Parallelverfahren</small></p> </div> <p>Anlage:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Kabelschutzanweisung (8 Seiten)</li> <li>- Flyer Trassenauskunft (1 Seiten)</li> </ul> | ATVh-Bez.: Kein aktiver Auftrag                             |  | Ausl. 2 |  | ATVh-Nr.: Kein aktiver Auftrag |  | Sach. Lageplan |  | Titel: | Ort: | Blatt: | 1 | PTL: | Brandenburg | Blatt: | 1 | DNB: | Werder | Datum: | 12.06.2024 |  |
| ATVh-Bez.: Kein aktiver Auftrag |  | Ausl. 2   |   |  |         |  |                                |  |                |  |        |      |        |   |      |             |        |   |      |        |        |            |  |
| ATVh-Nr.: Kein aktiver Auftrag  |  | Sach. Lageplan  |   |  |         |  |                                |  |                |  |        |      |        |   |      |             |        |   |      |        |        |            |  |
| Titel:                          | Ort:   | Blatt:  | 1   |  |         |  |                                |  |                |  |        |      |        |   |      |             |        |   |      |        |        |            |  |
| PTL:                            | Brandenburg                                      | Blatt:  | 1   |  |         |  |                                |  |                |  |        |      |        |   |      |             |        |   |      |        |        |            |  |
| DNB:                            | Werder   | Datum:  | 12.06.2024  |  |         |  |                                |  |                |  |        |      |        |   |      |             |        |   |      |        |        |            |  |

| Nr. | Träger öffentlicher Belange<br>Schreiben vom ...   | Stellungnahme   | <i>Planungsrechtliche Vorgaben<br/>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>  |
|-----|--|---|--|
| 8   | Wasser und Abwasser-<br>zweckverband Werder-<br>Havelland (WAZV)<br>Am Mark 13 a<br>14542 Werder (Havel)<br><br>11.06.2024 | <p>Bezugnehmend auf die Auslegung des o. g. Flächennutzungsplanes nimmt der Wasser- und Abwasserzweckverband Werder-Havelland (WAZV) im Rahmen der Beteiligung Träger öffentlicher Belange wie folgt Stellung:</p> <p><b>1. Trinkwasserversorgung</b></p> <p>Dem o. g. Vorhaben wird grundsätzlich zugestimmt. Der für das Baugebiet vorgesehene Trinkwasserbedarf ist uns durch den Vorhabenträger im Rahmen der Genehmigungsplanung mitzuteilen. Die Löschwasserversorgung kann derzeit nicht durch die öffentliche Trinkwasserversorgung zur Verfügung gestellt werden.</p> <p>Für die Benutzung der öffentlichen Wasserversorgungsanlage wird nach der AVB Wasser V in Verbindung mit den ergänzenden Bedingungen des WAZV ein Baukostenzuschuss erhoben.</p> <p><b>2. Abwasserentsorgung</b></p> <p>Dem o. g. Vorhaben wird grundsätzlich zugestimmt. Die Schmutzwassererschließung des o.a. Bauvorhabens ist durch vorhandene Schmutzwasseranlagen in der Fontanestraße gesichert.</p> <p>Da die Erschließung des o. g. Wohn-/Gewerbegebietes weder Bestandteil des Abwasserbeseitigungskonzeptes noch der geplanten Trinkwassererschließungen des WAZV ist, muss zur Herstellung der gesamten dazu benötigten Ver- und Entsorgungsanlagen ein Erschließungsvertrag mit dem WAZV abgeschlossen werden. Inhalt dieses Erschließungsvertrages ist neben Festlegungen zur Bauausführung (die Planung und Bauausführung ist durch den Erschließungsträger zu beauftragen) u.a. die Möglichkeit der Verrechnung der Baukosten mit den gemäß Satzungen des WAZV fällig werdende Baukostenzuschüssen und Anschlussbeiträgen.</p> | <p>Im Umkreis von 300 m befinden sich nach jetzigem Stand 4 Unterflurhydranten zu 800 l/min. Die Löschwasserversorgung kann daher im Normalfall über zwei Stunden sichergestellt werden, der Grundschatz ist gegeben.</p> <p>Sollte der Objektschutz eine höhere Löschwassermenge vorsehen, ist eine Abstimmung zwischen dem jeweiligen Inhaber bzw. Eigentümer des Objektes, der für den Brandschutz und den für die volle oder anteilige Bereitstellung des Löschwassers zuständigen Stellen.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Ein entsprechender Vertrag wird rechtzeitig geschlossen.</p> |

| Nr. | Träger öffentlicher Belange<br>Schreiben vom ...  | Stellungnahme  | Planungsrechtliche Vorgaben<br>Abwägung/Beschlussempfehlung  |
|-----|---|--|--|
|     | Fortsetzung Wasser und Abwasserzweckverband Werder-Havelland                              |  <p>Malsatz: 1:1000<br/>Bearbeiter: Herr Fabianke<br/>Erstellungsdatum: 12.06.2024<br/>Ort / Ortschaft: Straße Nr.:<br/>Projekt:</p> <p>WAZV Werder-Havelland<br/>Am Markt 13a<br/>14542 Werder (Havel)<br/>Tel: 03327 7375 0<br/>Fax: 03327 7375 40</p> <p>Legende: ETRS 89 UTM, Zone 33, Höhenbezug: DHHN 92</p> <p>Dieser Planentwurf dient nur der Orientierung und beruht auf den angelegten / genehmigten Plänen. Die Weitergabe an Dritte ist nicht statthaft. Die in den Leistungsplänen enthaltenen Angaben und Maße sind hinsichtlich Lage, Orientierung und Vollständigkeit unverändert. Die genaue Lage und Orientierung der dargestellten Anlagen ist durch die handliche Fachzeichnung durch Proben bzw. Zeichnungsskizzen zu bestätigen.</p>  |  |
| 9   | Zentraldienst Polizei Brandenburg<br>Am Baruther Tor 20<br>15806 Zossen<br><br>13.05.2024 | <p>Zur Beplanung des o. g. Gebietes bestehen keine grundsätzlichen Einwände.</p> <p>Bei konkreten Bauvorhaben ist bei Notwendigkeit eine Kampfmittelfreiheitsbescheinigung beizubringen. Darüber entscheidet die für das Baugenehmigungsverfahren zuständige Behörde auf der Grundlage einer vom Kampfmittelbeseitigungsdienst erarbeiteten Kampfmittelverdachtsflächenkarte.</p> <p>Diese Einschätzung gilt auch für zukünftige Änderungen dieses Planes.</p> <p><b>Neuerungen bei der Verlegung von Medienträgern</b></p> <p>Für die Verlegung von Medienträgern und die damit verbundenen erforderlichen Bodeneingriffe in Bestandstrassen in Kampfmittelverdachtsgebieten ist eine Freistellung von Anträgen auf Grundstücksüberprüfung möglich.</p> <p>Weitere Hinweise hierzu finden Sie unter nachfolgendem Link:<br/><a href="https://polizei.brandenburg.de/fm/32/Merkblatt%20Freistellung.pdf">https://polizei.brandenburg.de/fm/32/Merkblatt%20Freistellung.pdf</a></p> | <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>In der Begründung werden die nebenstehenden Aussagen ergänzt.</p> <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> |

| Nr. | Träger öffentlicher Belange<br>Schreiben vom ...   | Stellungnahme  | Planungsrechtliche Vorgaben<br>Abwägung/Beschlussempfehlung   |
|-----|--|--|---|
| 10  | Wasserstraßen- und<br>Schifffahrtsamt Spree-<br>Havel (WSA)<br>Brielower Landstraße 1<br>14772 Brandenburg<br>04.06.2024 | Es bestehen derzeit keine Einwände zur 10.Änderung.<br><br>Die Belange der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes werden vom o.g. Vorhaben derzeit nicht berührt.<br><br>Die in meinen bisher gemachten Stellungnahmen getroffenen Aussagen z.B. vom 04.01.2006, 10.01.2007, 10.10.2007, 22.07.2009, 11.01.2019, behalten weiter ihre Gültigkeit.   | Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.   |
| 11  | Landesamt für Bergbau,<br>Geologie und Rohstoffe<br>Inselstraße 26<br>03046 Cottbus<br>03.06.2024                        | Im Rahmen seiner fachlichen Zuständigkeit für bergbauliche und geologische Belange äußert sich das Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) auf der Grundlage der ihm vorliegenden Unterlagen und seiner regionalen Kenntnisse zu o. g. Planung/Vorhaben wie folgt:<br><br><b>B Stellungnahme</b><br><br>Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung.<br><br><b>1. Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können:</b><br><br>Keine.<br><br><b>2. Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands:</b><br><br>Keine.<br><br><b>3. Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan:</b><br><br><b>Geologie:</b><br><br>Auskünfte zur Geologie können über den Webservice des LBGR abgefragt werden. | Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.<br><br>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.<br><br>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Angaben im Umweltbericht basieren u.a. auf Informationen aus dem Webservice des LBGR. |

10. Änderung des Flächennutzungsplanes

| Nr. | Träger öffentlicher Belange<br>Schreiben vom ...                           | Stellungnahme   | <i>Planungsrechtliche Vorgaben<br/>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>  |
|-----|--|---|--|
|     | Fortsetzung Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe                  | Außerdem weisen wir auf die im Zusammenhang mit etwaig geplanten Bohrungen oder geophysikalischen Untersuchungen bestehende Anzeige-, Mitteilungs- oder Auskunftspflicht hin (§ 8ff Gesetz zur staatlichen geologischen Landesaufnahme sowie zur Übermittlung, Sicherung und öffentlichen Bereitstellung geologischer Daten und zur Zurverfügungstellung geologischer Daten zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben (Geologiedatengesetz- Geo-IDG)).  | Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.  |
| 12  | E.DIS Netz GmbH<br>Luckenwalder Berg 7<br>14913 Jüterbog<br><br>10.07.2024 | <p>Wir beziehen uns auf Ihre Anfrage und teilen Ihnen mit, dass vorbehaltlich weiterer Abstimmungen zur Sicherung unseres Anlagenbestandes und Beachtung folgender Anmerkungen gegen die o.g. Planung Bedenken bestehen.</p> <p>In unmittelbarer Nähe zum Plangebiet befinden sich Leitungen und Anlagen unseres Unternehmens.</p> <p>Aktuelle Planauskünfte können Sie jederzeit kostenfrei online im Planauskunftsportal der E.DIS Netz GmbH anfordern. Dieses erreichen Sie unter <a href="https://www.e-dis-netz.de/de/energie-service/kundenservice/planauskunftsportal.html">https://www.e-dis-netz.de/de/energie-service/kundenservice/planauskunftsportal.html</a>. Eventuell notwendige Änderungen an unseren Anlagen bitten wir rechtzeitig mit uns abzustimmen.</p> <p>Die in der Begründung unter Punkt 4.12 „Technische Infrastruktur, Ver- und Entsorgung“ muss hinsichtlich der Stromversorgung ergänzt werden. Das Änderungsgebiet ist momentan nicht durch Anlage- und Leitungen der Stromversorgung erschlossen. Es müssen neue Leitungen verlegt und eine neue Trafostation errichtet werden. Im parallellaufenden Verfahren zum Bebauungsplan Nr. 077/23 „Fontanestraße der Stadt Werder (Havel), OT Glindow“ werden die notwendigen Details beschrieben und somit die Umsetzungsebene gewahrt.</p> <p>Zur Allgemeinen Änderung des FNP für den Teilbereich in Wohnbaufläche und der Sonderbaufläche bestehen keine Bedenken.</p> <p>Für Fragen steht Ihnen Herr Schütze-Erpel unter ☐ 033841/ 363 215 gern zur Verfügung.</p> <p>Anlagen:<br/>- Hinweise zum Datenschutz</p> | <p>Den beigefügten Leitungsplänen ist zu entnehmen, dass sich die Leitungen angrenzend an das Plangebiet befinden.</p> <p>Eine Auskunft wird im Zuge der Ausbauplanung erneut eingeholt.</p> <p>Die Begründung wird entsprechend aktualisiert. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> |

| Nr. | Träger öffentlicher Belange<br>Schreiben vom ...   | Stellungnahme   | <i>Planungsrechtliche Vorgaben<br/>Abwägung/Beschlussempfehlung</i>  |
|-----|--|---|--|
| 13  | NBB Netzgesellschaft<br>Berlin-Brandenburg<br>EUREF-Campus 1-2<br>10829 Berlin<br><br>26.06.2024 | <p>Die WGI GmbH wird von der NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg mbH &amp; Co. KG (nachfolgend NBB genannt) beauftragt, Auskunftersuchen zu bearbeiten und handelt namens und in Vollmacht der NBB. Die NBB handelt im Rahmen der ihr übertragenen Verantwortung auch namens und im Auftrag der GASAG AG, der GASAG Solution Plus GmbH (GSP), der EMB Energie Brandenburg GmbH, der Netzgesellschaft Hohen Neuendorf Gas mbH &amp; Co.KG, der NGK Netzgesellschaft Kyritz GmbH, der Rathenower Netz GmbH, der Netzgesellschaft Hennigsdorf Gas mbH, der Netzgesellschaft Forst (Lausitz) mbH &amp; Co. KG, der Stadtwerke Forst GmbH, der Stadtwerke Bad Belzig GmbH und der Gasversorgung Zehdenick GmbH.</p> <p>Es wird hiermit ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die in den beigefügten Planunterlagen enthaltenen Angaben und Maßzahlen hinsichtlich der Lage und Verlegungstiefe unverbindlich sind. Mit Abweichungen muss gerechnet werden. Dabei ist zu beachten, dass erdverlegte Leitungen nicht zwingend geradlinig sind und daher nicht auf dem kürzesten Weg verlaufen. Darüber hinaus sind aufgrund von Erdbewegungen, auf die die NBB keinen Einfluss hat, Angaben zur Überdeckung nicht verbindlich. Die genaue Lage und der Verlauf der Leitungen sind in jedem Fall durch fachgerechte Erkundungsmaßnahmen (Ortung, Querschläge, Suchschlitze, Handschachtungen usw.) festzustellen.</p> <p>Im unmittelbaren Bereich der Leitung ist auf den Einsatz von Maschinen zu verzichten und in Handschachtung zu arbeiten. Die abgegebenen Planunterlagen geben den Bestand zum Zeitpunkt der Auskunftserteilung wieder. Es ist darauf zu achten, dass zu Beginn der Bauphase immer das Antwortschreiben mit aktuellen farbigen Planunterlagen vor Ort vorliegt. Digital gelieferte Planunterlagen sind in Farbe auszugeben. Bitte prüfen Sie nach Ausgabe die Maßstabsgenauigkeit. Die Auskunft gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich und nur für eigene Leitungen der NBB, so dass gegebenenfalls noch mit Anlagen anderer Versorgungsunternehmen und Netzbetreiber zu rechnen ist, bei denen weitere Auskünfte eingeholt werden müssen.</p> <p>Die Entnahme von Maßen durch Abgreifen aus den Planunterlagen ist nicht zulässig. Stillgelegte Leitungen sind in den Plänen nicht oder nur unvollständig enthalten.</p> | <p>Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Die nebenstehenden Hinweise beziehen sich auf die Ausführungsebene.</p> <p>Die nebenstehenden Hinweise beziehen sich auf die Ausführungsebene.</p> |



| Nr. | Träger öffentlicher Belange<br>Schreiben vom ...    | Stellungnahme   | Planungsrechtliche Vorgaben<br>Abwägung/Beschlussempfehlung  |
|-----|---|---|--|
|     | Fortsetzung NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg | <p>Eine Versorgung des Planungsgebietes ist grundsätzlich durch Nutzung der öffentlichen Erschließungsflächen in Anlehnung an die DIN 1998 herzustellen. Darüber hinaus notwendige Flächen für Versorgungsleitungen und Anlagen sind gemäß § 9 Abs. 1 BauGB im Bebauungsplan festzusetzen.</p> <p>Nach Auswertung des Bebauungsplans und der entsprechenden Begründung ist unsere Leitungsschutzanweisung für alle laut Planwerk betroffenen Anlagen zu beachten und noch folgendes in die weitere Planung einzuarbeiten:</p> <p>Bei Baumpflanzungen ist ohne Sicherungsmaßnahmen ein Abstand zu Leitungen von mindestens 2,5 m von der Rohraußenkante und Stromkabel zu den Stammachsen einzuhalten. Bei Unterschreitung dieses Abstandes sind in Abstimmung mit der NBB Schutzmaßnahmen festzulegen. Ein Mindestabstand von 1,5 m sollte jedoch in allen Fällen angestrebt werden. Bei Unterschreitung dieses Abstandes sind nur flach wurzelnde Bäume einzupflanzen, wobei gesichert werden muss, dass beim Herstellen der Pflanzgrube der senkrechte Abstand zwischen Sohle Pflanzgrube und Oberkante unserer Leitungen und Kabel mindestens 0,3 m beträgt. Weiter ist zwischen Rohrleitung/ Kabel und zu dem pflanzenden Baum eine PVC-Baumschutzplatte einzubringen. Der Umfang dieser Einbauten ist im Vorfeld protokollarisch festzuhalten. Beim Ausheben der Pflanzgrube ist darauf zu achten, dass unsere Leitungen/ Kabel nicht beschädigt werden. Wir weisen darauf hin, dass bei notwendigen Reparaturen an der Leitung/ Kabel der jeweilige Baum zu Lasten des Verursachers der Pflanzung entfernt werden muss.</p> <p>In Ihrem angefragten räumlichen Bereich befinden sich Anlagen mit einem Betriebsdruck &gt; 4 bar. Gemäß den Technischen Regeln des DVGW-Regelwerkes sind bei Bauarbeiten in der Nähe dieser Hochdruck-Erdgasleitung die Bauausführenden vor Ort einzuweisen.</p> | <p>Die nebenstehenden Hinweise beziehen sich auf die Ausführungsebene.</p> <p>Den beigegeführten Leitungsplänen ist zu entnehmen, dass sich die Leitungen angrenzend an das Plangebiet befinden.</p> |



| Nr.  | Träger öffentlicher Belange<br>Schreiben vom ...    | Stellungnahme  | <i>Planungsrechtliche Vorgaben<br/>Abwägung/Beschlussempfehlung</i> |
|--|---|--|---|
|  | Fortsetzung NBB Netzgesellschaft Berlin-Brandenburg | <p>Die Schutzstreifenbreite der Hochdruckleitung DN150St beträgt 4,0 m. Im Schutzstreifen einer Leitung dürfen keine Gebäude oder baulichen Anlagen errichtet, die Geländehöhe nicht verändert oder sonstige Einwirkungen vorgenommen werden, die den Bestand oder den Betrieb der Leitung beeinträchtigen oder gefährden. Das Grundstück muss zur Überprüfung, Unterhaltung, Instandsetzung oder Änderung der Leitung jederzeit betreten werden können.</p> <p>Sollte der Geltungsbereich Ihrer Auskunftsanfrage verändert werden oder der Arbeitsraum den dargestellten räumlichen Bereich überschreiten, ist der Vorgang erneut zur Erteilung einer Auskunft der NBB vorzulegen.</p> <p>Anlagen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Plan (Maßstab 1:10000 / Plangröße DIN A4)</li> <li>- Plan (Maßstab 1:500 / Plangröße DIN A0)</li> <li>- Leitungsschutzanweisung</li> <li>- Legende</li> </ul> |   |
| <p><b>Keine Anregungen und Bedenken hatten:</b></p> <ol style="list-style-type: none"> <li>1. Wasser- und Bodenverband „Großer Havelländischer Hauptkanal – Havelkanal – Havelseen mit Schreiben vom 28.05.2024</li> <li>2. Polizeiinspektion Potsdam mit Schreiben vom 16.05.2024</li> <li>3. Gemeinsame Landesplanungsabteilung Potsdam mit Schreiben vom 05.06.2024</li> <li>4. Landesamt für Ländliche Entwicklung, Landwirtschaft und Flurneuordnung Potsdam mit Schreiben vom 27.05.2024</li> <li>5. Brandenburgischer Landesbetrieb für Liegenschaften und Bauen (BLB) mit Schreiben vom 13.06.2024</li> <li>6. Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr mit Schreiben vom 13.06.2024</li> <li>7. Stadt Beelitz – Stadtverwaltung – mit Schreiben vom 15.05.2024</li> <li>8. Gemeinde Groß Kreutz (Havel) mit Schreiben vom 27.05.2024</li> <li>9. Landesamt für Bauen und Verkehr, Außenstelle Cottbus mit Schreiben vom 03.06.2024</li> <li>10. Landesamt für Umwelt, Fachabteilung Wasserwirtschaft mit Schreiben vom 14.06.2024</li> <li>11. Grünflächenamt der Stadt Werder (Havel) mit Schreiben vom 16.05.2024</li> <li>12. Landeshauptstadt Potsdam – FB Stadtplanung – mit Schreiben vom 03.06.2024</li> <li>13. 50Her Transmission GmbH Berlin mit Schreiben vom 24.06.2024</li> <li>14. DNS:NET Internet Services GmbH Berlin mit Schreiben vom 24.06.2024</li> <li>15. PRIMAGAS Energie GmbH Krefeld mit Schreiben vom 24.06.2024</li> <li>16. Tyczka Energy GmbH Geretsried mit Schreiben vom 24.06.2024</li> </ol> |   |  |   |

| <b>Nr.</b> | <b>Private<br/>Einwender/in<br/>Schreiben vom ...</b> | <b>Stellungnahme</b>   | <b><i>Planungsrechtliche Vorgaben<br/>Abwägung/Beschlussempfehlung</i></b> |
|------------|---|--|--|
| 1          |   | Während der öffentlichen Auslegung des Vorentwurfs (Stand 26.04.2024) nach § 3 Abs. 1 BauGB vom 15.05.2024 bis einschließlich 14.06.2024 wurden keine Hinweise oder Anregungen aus der Öffentlichkeit abgegeben. |  |